

16. Aarauer Demokratietage

Publikumsanlass

14. März 2024, 18 bis 20 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau
Eintritt frei, ohne Anmeldung

Föderalismus und Demokratie



Wissenschaftliche Konferenz, 15. März 2024

9 bis 10.30 Uhr: **Demokratieprobleme des Finanzföderalismus**

11 bis 12.30 Uhr: **Zugang zu demokratischen Rechten:
föderale Vielfalt bei der Einbürgerung**

13.30 bis 15 Uhr: **Politische Bildung im Föderalismus**

Anmeldung zur wissenschaftlichen Konferenz:

www.demokratietage-zda.ch



Föderalismus und Demokratie

«Der Föderalismus ist ein unerhörter Vorteil. Er gab von Anfang an zu reden. Einig war man sich nie. Aber ohne Föderalismus wäre die moderne Schweiz nicht entstanden, oder sie hätte nicht lange überlebt.»

(Bundeskanzler Walter Thurnherr, 2023, Bern)

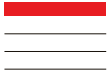
Der Föderalismus ist – zusammen mit der direkten Demokratie – eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaates. Staatliche Aufgaben und Pflichten werden in der Schweiz auf drei Ebenen wahrgenommen: Bund, Kantone und Gemeinden. Das föderale System ermöglicht den einzelnen Ebenen ein grosses Mass an Selbstverwaltung, Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist dauernd in Bewegung und steht heute vor neuen Herausforderungen, wie beispielsweise unterschiedliche Bedürfnisse von urbanen und ländlichen Regionen, die Europäische Integration oder neue Regelungen zum Finanzausgleich.

Immer wieder wird Kritik am Föderalismus laut. Urteile wie «Auslaufmodell», «Schönwetterssystem» oder «nationaler Flickenteppich» sprechen für sich. Er sei zu teuer und zu kompliziert, verhindere notwendige Reformen und verunmögliche effizientes Handeln. Was ist an diesen Vorwürfen dran? Was kann der Föderalismus in seiner heutigen Ausgestaltung leisten? Was nicht? Und wohin sollte er sich entwickeln?

Anlässlich der Aarauer Demokratietage 2024 werden aktuelle Fragen zum Verhältnis von Demokratie und Föderalismus aufgegriffen: Was ist an Reformen zum «neuen» Finanzausgleich geplant? Ist der Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen gerecht? Oder braucht es mehr Solidarität – als Gegenpol zum Wettbewerb? Was bedeutet der schweizerische Föderalismus für den Zugang zu politischen Rechten? Erfahren einbürgerungswillige Personen von Kanton zu Kanton oder Gemeinde zu Gemeinde eine andere Demokratie? Wie wirkt sich die mehrheitlich kantonale Hoheit in der Bildung aus? Welche Konsequenzen hat das für die Politische Bildung? Und was bedeutet das föderale System für die Bildungs- und Chancengerechtigkeit?

Die Trägerinstitutionen des Zentrums für Demokratie Aarau

STADT AARAU



Universität
Zürich^{UZH}



Fachhochschule
Nordwestschweiz



Erfahren Sie mehr über
das Zentrum für Demokratie Aarau:
www.zdaarau.ch

ZDA-Newsletter abonnieren:
www.zdaarau.ch/newsletter

Publikums- anlass

Donnerstag, 14. März 2024, 18 bis 20 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau
Eintritt frei, ohne Anmeldung

Föderalismus und Demokratie – ist Steuerwettbewerb gerecht?

Begrüssung (18 Uhr)

Dr. Hanspeter Hilfiker

Stadtpräsident Aarau, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung
Zentrum für Demokratie Aarau



Dr. Hanspeter Hilfiker

Referat

Der Föderalismus sorgt für fairen Steuerwettbewerb

Ueli Maurer

alt Bundesrat



Ueli Maurer

Podiumsdiskussion (19 Uhr)

Landammann Dr. Markus Dieth

Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)



Dr. Markus Dieth

Prof. Dr. Andrea Opel

Professorin für Steuerrecht an der Universität Luzern



Prof. Dr. Andrea Opel

Dr. Eva Herzog

Ständeratspräsidentin und Ständerätin Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog

Prof. Dr. Kurt Schmidheiny

Professor für Ökonomie und Angewandte Ökonometrie,
Universität Basel



Prof. Dr. Kurt Schmidheiny

Fragen aus dem Publikum

Moderation

Melanie Pfändler

Journalistin und Moderatorin



Melanie Pfändler

Apéro riche (20 Uhr)

Wissen- schaftliche Konferenz

Freitag, 15. März 2024, 9 bis 10.30 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau, Anmeldung unter
www.demokratietage-zda.ch

Demokratieprobleme des Finanzföderalismus

Die Steuer- und Budgetautonomie auf allen drei Staatsebenen ist das Kernstück des Schweizer Finanzföderalismus. Das Credo lautet, dass Bund, Kantone und Gemeinden ihre Ausgaben selbst beschliessen dürfen und deshalb auch ihre Einnahmen selbst generieren müssen. Der Ausgleich von regionalen wirtschaftlichen Unterschieden sowie die zweckorientierte Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Behörden haben dieses Prinzip jedoch relativiert. Heute existiert eine Vielzahl von horizontalen wie auch vertikalen finanzielle Transfers zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund. Was bedeuten diese finanziellen Verflechtungen für die Autonomie der Gebietskörperschaften auf den drei Ebenen? Wie beeinflussen sie politische Entscheidungen? Wie steht es um die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle im föderalistischen Finanzgeflecht? Das Panel diskutiert diese Fragen auf der Grundlage von aktuellen Studien, die von ihren Autorinnen und Autoren vorgestellt werden.

Prof. Dr. Kurt Schmidheiny, Professor für Ökonomie und Angewandte Ökonometrie, Universität Basel

Wo die Reichen wohnen: Die Entwicklung der räumlichen Segregation der Einkommen in der Schweiz seit 1970

Dr. Johanna Schnabel, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Wer zahlt, befiehlt? Überlegungen zu zweckgebundenen Zahlungen im Föderalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Prof. Dr. Daniel Kübler, Zentrum für Demokratie Aarau/ Universität Zürich

Räumliche Gerechtigkeit in Schweizer Agglomerationen: die zweifelhafte Rolle der finanziellen Transfersysteme

Moderation

Prof. Dr. Daniel Kübler, Co-Direktor Zentrum für Demokratie Aarau, Leiter Abteilung Allgemeine Demokratieforschung/ Universität Zürich



Prof. Dr. Kurt Schmidheiny



Dr. Johanna Schnabel



Prof. Dr. Daniel Kübler

Wissen- schaftliche Konferenz

Freitag, 15. März 2024, 11 bis 12.30 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau, Anmeldung unter
www.demokratietage-zda.ch

Zugang zu demokratischen Rechten: föderale Vielfalt bei der Einbürgerung

Der Zugang zu den politischen Rechten in der Schweiz erfolgt für eine grosse Anzahl von Menschen über die (ordentliche) Einbürgerung. So wurden allein im Jahr 2022 laut Bundesamt für Statistik 41'890 Personen eingebürgert, 35'351 davon auf dem Weg der ordentlichen Einbürgerung. Die Zahlen bewegen sich im langjährigen Durchschnitt um die 40'000 und dürften in den kommenden Jahren aufgrund der wachsenden Zahl in der Schweiz wohnhafter Ausländerinnen und Ausländer noch zunehmen. Der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts eröffnet die Möglichkeit zur Teilnahme an Wahlen und Volksabstimmungen auf Bundesebene sowie im Kanton und der Gemeinde, in der die eingebürgerte Person ihren Wohnsitz hat. Vom ersten Moment an zulässig ist die Kandidatur für zahlreiche politische Ämter. Die rechtlichen Grundlagen für die Einbürgerung – und damit für die Vermittlung von Zugang zu den politischen Rechten – bestehen aus dem Bürgerrechtsgesetz (BüG) und der Bürgerrechtsverordnung (BüV) des Bundes und den jeweiligen kantonalen Bürgerrechtsgesetzen. In diesen Erlassen sind die materiellen und formellen Voraussetzungen für die ordentliche Einbürgerung geregelt. Im Panel werden die Wirkungen des 2018 in Kraft getretenen BüG vor dem Hintergrund der nach wie vor bestehenden föderalen Vielfalt und der hierzu ergangenen Praxis diskutiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie unterschiedlich die Anforderungen für den Zugang zu den politischen Rechten in den Kantonen sind und inwiefern diese Unterschiede zulässig und legitim sind.

Dr. Barbara von Rütte, Europainstitut, Universität Basel
**Verfassungsrechtliche und gesetzliche Vorgaben
des Bundes für die Einbürgerung**

Elias Studer, MLaw
**Die Einbürgerung in den Kantonen – Beschneidung
des Föderalismus im Namen der Demokratie?**

Moderation

Prof. Dr. Andreas Glaser, Co-Direktor Zentrum für Demokratie
Aarau, Leiter Abteilung c2d/Universität Zürich



Dr. Barbara von Rütte



Elias Studer



Prof. Dr. Andreas Glaser

Wissen- schaftliche Konferenz

Freitag, 15. März 2024, 13.30 bis 15 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau, Anmeldung unter
www.demokratietage-zda.ch

Politische Bildung im Föderalismus

In der mehrsprachigen Schweiz liegt die Verantwortung für das Bildungswesen in erster Linie bei den 26 Kantonen. Die föderal bedingte Heterogenität wirkt sich auf die Ausstattung des Bildungswesens sowie dessen Organisation und Struktur aus. So existieren unterschiedliche Rahmenbedingungen für den Erwerb von Grundkompetenzen und überfachlichen Kompetenzen, Selektionsverfahren und Chancen auf Bildungsabschlüsse. Politische Bildung als Fach oder Bildungsziel ist insgesamt schwach verankert. In wenigen Kantonen ist sie in den Studentafeln explizit ausgewiesen. Als überfachliches Prinzip kann sie nirgends oder überall stattfinden. Hinzu kommen sprachregionale Unterschiede in den Bildungszielen. In der Deutschschweiz steht der Erwerb von Demokratiekompetenzen und politischen Kompetenzen im Vordergrund, in der Westschweiz spielt die «Education à la Citoyenneté» eine wichtige Rolle. Inwiefern widerspiegelt sich die daraus resultierende Heterogenität im politischen Interesse und in der Partizipationsbereitschaft von Schweizer Jugendlichen? Löst das schweizerische Bildungssystem hinsichtlich der Politischen Bildung den Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit ein? Ist die Bildungspolitik gefordert, im Bereich der Politischen Bildung eine nationale Harmonisierung anzustreben?

Dr. Stefan Denzler, stellvertretender Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Aarau

Chancengerechtigkeit und Wettbewerb im föderalen Bildungssystem der Schweiz

Dr Jean-Charles Buttier, Chargé d'enseignement en didactique de l'histoire, Institut universitaire de formation des enseignant-es, Université de Genève

L'apport de la didactique à la formation citoyenne en Suisse romande (l'exemple de Genève)

Cloé Jans, Leiterin operatives Geschäft gfs.bern
Politisches Interesse und Partizipationsbereitschaft von Schweizer Jugendlichen – Differenzen und Gemeinsamkeiten

Moderation

Prof. Dr. Monika Waldis, Direktionsvorsitzende ZDA, Leiterin Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW



Dr. Stefan Denzler



Dr. Jean-Charles Buttier



Cloé Jans



Prof. Dr. Monika Waldis

Exklusiv für Schulklassen

Donnerstag, 14. März 2024, 16 bis 17.30 Uhr
Kultur- und Kongresshaus Aarau, Anmeldung unter
www.demokratietage-zda.ch

Barcamp für Schüler:innen

Das Stimm- und Wahlrecht gilt in der Schweiz grundsätzlich ab 18 Jahren. Doch es gibt Ausnahmen, dies dank des Föderalismus. So können etwa im Kanton Glarus Jugendliche bereits ab 16 Jahren abstimmen. Das Barcamp geht dem Stimmrechtsalter 16 im Zusammenhang mit Föderalismus nach: Sollen Jugendliche bereits ab 16 Jahren das Stimmrecht erhalten? Was sind die Vor- und Nachteile davon? Wo stehen die Bemühungen, das Stimmrechtsalter 16 in der ganzen Schweiz einzuführen und nicht nur in einzelnen Kantonen? Wollen Jugendliche überhaupt ab 16 Jahren politisch mitbestimmen dürfen? Das Barcamp als Teil der Aarauer Demokratietage soll den Jugendlichen eine Stimme geben, wie sie sich zum Thema als (potentiell) Betroffene positionieren. Sie sind eingeladen, den Expert:innen des Zentrums für Demokratie Aarau ihre Fragen zu stellen und mit ihnen zu diskutieren.

Moderation

Prof. Dr. Monika Waldis, Direktionsvorsitzende Zentrum für Demokratie Aarau, Leiterin Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW

Andri Heimann, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand, Zentrum für Demokratie Aarau / Universität Zürich



Prof. Dr. Monika Waldis



Andri Heimann

Verein Freunde des ZDA

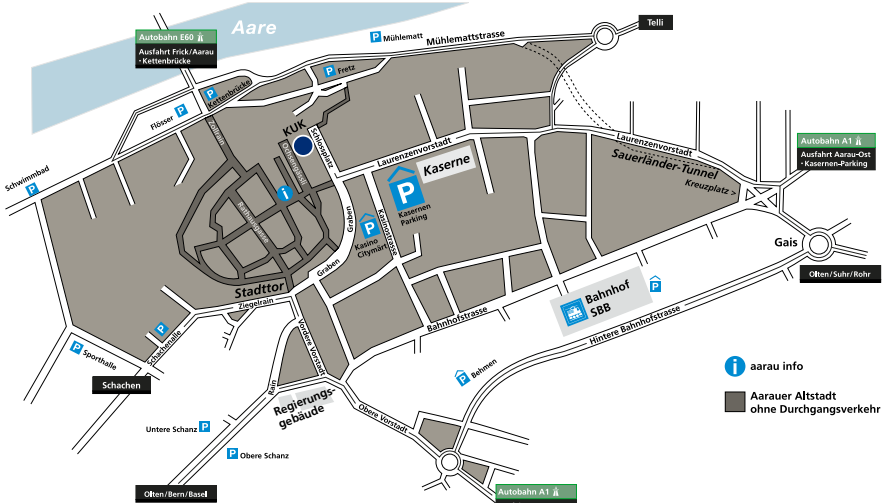
Möchten Sie dem ZDA näher verbunden sein?

Der Verein Freunde des ZDA fördert die Verankerung des ZDA in Bevölkerung, Politik und Wirtschaft. Die Mitglieder werden laufend über öffentliche Veranstaltungen und die Tätigkeiten des ZDA informiert. Vereinspräsident ist alt Regierungsrat Dr. Urs Hofmann.

Mitglied werden im Verein Freunde des ZDA: www.zdaarau.ch/freunde-des-zda

Lageplan und Kontakt

Kultur- und Kongresshaus Aarau,
Schlossplatz 9, 5000 Aarau
www.kuk-aarau.ch



Informationen zu den Aarauer Demokratietagen und
Anmeldung zur wissenschaftlichen Konferenz:

www.demokratietage-zda.ch



zda
Zentrum für
Demokratie
Aarau

Das ZDA ist ein akademisches Zentrum
der Universität Zürich (UZH),
der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW),
des Kantons Aargau und der Stadt Aarau.

www.zdaarau.ch

Folgen Sie uns auf

